



Chronologie der Nordumgehung Groß-Karben

- 25.1.1971** Strassenbauamt sieht nicht die Notwendigkeit einer Ortsumgehung Groß-Karben und befürwortet eine Ost-West-Verbindung von Nidderau nach Bad Homburg, die nördlich von Okarben geführt werden soll.
- 1973** wird die Trasse für die Nordumgehung Groß-Karben im FNP Karben berücksichtigt.
- 13.11.1980:** Strassenbauamt Gießen legt der Stadt Karben eine projektierte Trassenführung zur Nordumgehung Groß-Karben vor (früher noch als Verbindungsstrasse zwischen K 246 und K 9 bezeichnet), einschließlich Höhenplan, die auf Anregung der Stadt Karben (aus dem FNP 1974) erarbeitet wurde. Die Bauwürdigkeit wurde seitens des Strassenbauamtes auf der Grundlage von Verkehrszählungen festgestellt.
- 16.1.1981:** Stadt Karben stimmt diesen Planungen zu und verweist auf die Dringlichkeit der Nordumgehung.
- 5.4.1984:** Die Stadt Karben mahnt beim Verkehrsministerium die Planungen zur Nordumgehung an.
- 10.5.1984:** Der Verkehrsminister teilt mit, dass das Strassenbauamt nur die Voruntersuchung erarbeitet hat und eine entsprechende Entwurfsplanung eingeleitet wurde.
- 17.1.1986:** Die Stadt Karben lehnt im Planfeststellungsverfahren eine geänderte Linienführung der K 246 im Kurvenbereich ab und fordert dafür die Errichtung der Nordumgehung Groß-Karben.
- 21.2.1986:** Auf Antrag der SPD beschließt die StVV, dass die Planungen zur Nordumgehung voranzutreiben sind.
- 24.4.1986:** Magistrat teilt dem Strassenbauamt Gießen den StVV-Beschluss mit .
- 20.5.1986:** Strassenbauamt teilt mit, dass die weitere Vorgehensweise zur Nordumgehung intern abzustimmen sei und dann der Stadt Karben mitgeteilt wird.
- 24.3.1987:** Strassenbauamt erklärt sich bereit, auf Anregung der Stadt Karben eine Verkehrsuntersuchung Karben durchführen zu lassen. Die Verkehrsuntersuchung wird vom Planungsbüro Dr. von Mörner durchgeführt.
- 18.11.1988:** Die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung Karben liegen vor. Auch hier wird wieder der Bau der Nordumgehung als vordringlichste Maßnahme gefordert.
- 16.12.1988:** Die StVV fordert vom Strassenbauamt Gießen den sofortigen Beginn der Planungsarbeiten zur Nordumgehung Karben.

- 29.12.1988:** Die Stadtverwaltung Karben teilt dem Strassenbauamt den StVV-Beschluss mit und verweist auf die Dringlichkeit der Maßnahme.
- 9.6.1989:** Die StVV beschließt, dass die B 3a über die L 3205 hinaus in einem großen Bogen bis zum TOOM-Markt verlängert und dort mit der NU verknüpft werden soll.
- 19.7.1989:** Strassenbauamt teilt der Stadt Karben mit, dass zur weiteren Planung der Nordumgehung demnächst die UVS in Auftrag gegeben wird.
- 9.1.1991:** Auf wiederholter Nachfrage teilt das Strassenbauamt Gießen der Stadt mit, dass die UVS bereits erarbeitet wird.
- 14.5.1991:** Die Stadt fragt wiederum nach dem aktuellen Planungsstand und verweist auf die Dringlichkeit der Nordumgehung.
- 5.6.1991:** Strassenbauamt teilt mit, dass die UVS durchgeführt wird, eine Datierung der Fertigstellung wegen der schwierigen Erhebung vor Ort jedoch nicht genannt werden kann.
- 25.11.1992:** Bürgermeister Engel wendet sich persönlich an den Ministerpräsidenten, an die Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten und bittet darum, dass die Planungen zur Nordumgehung vorangetrieben werden.
- Februar 1993:** Das vorläufige Ergebnis der UVS liegt dem Strassenbauamt vor.
- 14.7.1993:** Die Stadt Karben weist das Strassenbauamt Gießen auf die erhebliche Verkehrszunahme in Karben durch die Eröffnung der B 3a hin und bittet darum, dass die Verkehrsdaten von 1987/88 aktualisiert werden.
- 12.1.1994:** In einem gemeinsamen Gespräch wird auf das negative Ergebnis der UVS verwiesen. Die Verkehrsbelastung in Groß-Karben reicht nicht aus, um den Eingriff in die Natur im Zuge der Nordumgehung zu rechtfertigen. Dabei wird ersichtlich, dass die UVS auf der Datenbasis von 1988 erstellt wurde, obwohl mit der Eröffnung der B 3a im Jahr 1991 die Verkehrsbelastung in Karben erheblich zugenommen hat. Es wird die Erarbeitung eines Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) beschlossen. Die Kosten von 120.000,-- DM teilen sich Strassenbauamt und die Stadt Karben.
- An diesem Tage erhält die Stadt Karben auch eine Kopie der vorläufigen UVS !!
- 20.4.1994:** Konstituierende Sitzung des Arbeitskreises VEP Karben und des Planungsbeirates. Beide Gremien begleiten die Erstellung des Verkehrsentwicklungsplanes und sollen Fragestellungen formulieren.
- 9.5.1994:** Das Planungsbüro Dr. von Mörner wird offiziell mit der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) beauftragt.

- 7.6.1995:** Der Vorabzug des Verkehrsentwicklungsplanes Karben wird im Arbeitskreis zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Anregungen werden nun in den endgültigen Endbericht eingearbeitet.
- 9.11.1995:** Der endgültige Verkehrsentwicklungsplan liegt vor und geht in die öffentliche Diskussion. Ergebnis des VEP:
1. Bau der Nordumgehung als vordringlichste Maßnahme und der Gewerbegebietspange
 2. Ausbau des ÖPNV
- 27.11.1995:** Der VEP wird im Magistrat erläutert.
- 15.1.1996:** Der Magistrat beschließt den VEP Karben (ohne Gewerbegebietspange).
- 23.1.1996:** Der VEP wird öffentlich im Ausschuss für Bauwesen, Städteplanung und Verkehr erläutert und diskutiert.
- 7.2.1996:** Der VEP wird im Haupt- und Finanzausschuss öffentlich diskutiert.
- 9.2.1996:** Der VEP wird öffentlich in der StVV diskutiert und beschlossen (ohne Gewerbegebietspange).
- 12.3.1996:** Magistrat teilt ASV Gießen den StVV-Beschluß mit.
- 9.4.1996:** Strassenbauamt teilt mit, dass zur Überarbeitung der UVS und des städtebaulichen Fachbeitrages ebenfalls ein projektbegleitender Arbeitskreis eingerichtet wird.
- 11.6.1996:** Arbeitskreis zur UVS konstituiert sich. UVS und städtebauliche Untersuchung werden vom Strassenbauamt durchgeführt. Erste Ergebnisse werden für März 1997 in Aussicht gestellt. Dann gehen beide Gutachten in die Abstimmung. Endgültiges Ergebnis der UVS und der städtebaulichen Untersuchung werden für Mitte 1997 erwartet.
- 12.11.1996:** Seitens des ASV Gießen wird auf mündliche Nachfrage bestätigt, dass der Zeitplan zur UVS eingehalten werden kann.
- 15.1.1997:** Staatssekretär Kurth lässt sich vor Ort die Karbener Verkehrsproblematik erläutern. Er sagt zu, dass die NU seitens des Landes vorangetrieben wird.
- 22.4.1997:** Der vom ASV Gießen angesetzte Arbeitskreis Verkehr, in der die UVS und der städtebauliche Fachbeitrag vorgestellt werden sollten, wird abgesagt. Begründung: die Pläne sind noch nicht fertig !
- 15.5.97:** In der großräumigen Interdependenzuntersuchung Butzbach - Bad Vilbel ist die Nordumgehung Bestandteil der Planungen bis 2010.

- 26.6.97:** In einem Gespräch stellt das ASV Gießen fest, dass die Erarbeitung der Pläne sich verzögert hat. Das Amt hat aber an der UVS und dem städtebaulichen Fachbeitrag weitergearbeitet und in einem Konzept zusammengesetzt. Dieses Konzept sollte der Stadt in der 29. Woche (Mitte Juli) zugeschickt werden. Dieses Konzept sollte erst mit der Stadt abgestimmt werden. Ein Termin für die AG Verkehr kann nicht bestimmt werden.
- Mitte Aug.:** ASV Gießen setzt für den 14.10.97 den AK Verkehr an, in der die UVS und der städtebauliche Fachbeitrag vorgestellt werden sollen.
- 3. 9.1997:** Der städtebauliche Fachbeitrag als Vorentwurf liegt der Stadt Karben vor, die UVS wurde nicht mitgeschickt.
- 24.9.1997:** In einem Arbeitsgespräch mit dem HLSV in Wiesbaden wird bestätigt, dass die NU im Land Hessen oberste Priorität besitzt.
- 29.9.1997:** Das ASV Gießen teilt mündlich mit, dass am 14.10.1997 der städtebauliche Fachbeitrag vorgestellt wird. Die UVS wird nur in der Raumanalyse vorgestellt, jedoch nicht in der Wirkungsanalyse. Diese soll bis zum Februar 1998 fertiggestellt sein. Parallel dazu sollen jedoch die Arbeiten zum ROV anlaufen.
- 14.10.1997:** Der Termin zur UVS und städtebaulichen Fachbeitrag findet statt. Während der städtebauliche Fachbeitrag fertiggestellt ist, liegt die UVS nur unvollständig vor (Raumanalyse und Raumwiderstandskarte). Die Wirkungsanalyse ist noch in der Überarbeitung. Es wird vereinbart, dass im Frühjahr 1998 die abschließende AK-Sitzung zur UVS stattfinden soll. Die Einleitung des Raumordnungsverfahrens wird noch für die 1. Hälfte 1998 vorgesehen.
- 26.1.1998:** In einem Telefongespräch bestätigt das ASV Gießen die Einhaltung der vereinbarten Zeitschiene vom 14.10.97, wobei ein Problem darin besteht, dass die UVS im ASV Dillenburg) erarbeitet wird. Man überlegt, ob bei der abschließenden AK-Sitzung zur UVS die Einleitung des ROV beraten werden kann.
- 9.3.1998:** Brief an das ASV mit der Bitte um Mitteilung, wie weit der Arbeitsstand zur UVS ist und wann die abschließende AK-Sitzung stattfinden kann. Der Brief bleibt unbeantwortet.
- 23.4.1998:** Telefonat mit zuständiger Mitarbeiterin der UVS. Sie teilt mit, dass sie selbst im ASV Dillenburg tätig und ihr Kollege in Pension gegangen ist. Es findet ein Wechsel bei der Amtsleitung der Gießener Außenstelle statt. Die UVS wird aber weiterhin im ASV Dillenburg bearbeitet.
- 28.4.1998:** Amtsleiter des ASV Gießen teilt uns auf telefonische Anfrage mit, dass er in Schotten tätig und somit nicht mehr für den Bereich Karben zuständig ist. Unser Ansprechpartner bleibt die Außenstelle Gießen, auch in Fragen der NU.

- 5.5.1998:** Die Stadt schreibt an Außenstelle Gießen und verweist auf die Dringlichkeit der NU. Dem ASV wird seitens der Stadt jegliche Unterstützung zugesagt. Auch dieser Brief bleibt unbeantwortet.
- Anf.Mai 98:** In mehreren Telefonaten mit BM Engel erklärt das ASV Gießen, dass die UVS schnellstmöglich fertiggestellt wird.
- 7.5.1998:** Ausführliche Beantwortung der SPD-Anfrage „Planungsstand Nordumgehung“.
- 15.5.1998:** ASV Gießen bestätigt auch ggü. der Presse (FR v. 15.Mai 1998) die baldige Fertigstellung der UVS.
- 30.5.1998:** Die FR berichtet, dass die UVS bis Sommer 1998 abgeschlossen sein soll und bezieht sich dabei auf Aussagen vom ASV Gießen. Der Stadt ist das nicht mitgeteilt worden.
- 30.6.1998:** Erneutes Anschreiben an das ASV Gießen mit der Bitte, eine CDU-Anfrage zu beantworten und den Bearbeitungsstand UVS mitzuteilen. Die aktuelle Chronologie wurde übergeben.
- 21.7.1998:** Gießen beantwortet die CDU-Anfrage. Im gleichen Schreiben teilt es mit, dass die UVS fertiggestellt ist und noch im Sommer 98 vorgestellt wird.
- 7.8.1998:** In Beantwortung unserer Einladung zur Staurundfahrt am 3.11.1998 bestätigt das Hessische Verkehrsministerium, dass die Dringlichkeit der Maßnahmen im Straßennetz bekannt ist und von dort „voll unterstützt“ werden.
- 2.9.1998:** Auf telefonische Nachfrage teilt ASV Gießen mit, dass die UVS redaktionell überarbeitet wird und ein fester Termin für die AK-Sitzung noch nicht feststeht.
- 15.9.1998:** Bei der Abnahme des Radweges von Klein-Karben nach Rendel teilt ASV Gießen mit, dass die Zuständigkeit mit der Fertigstellung der UVS endet. Die abschließende AK-Sitzung müsste vom ASV Schotten oder dem ASV Gelnhausen durchgeführt werden. Man geht davon aus, dass Ende September alle Planunterlagen und die Zuständigkeit an das ASV Gelnhausen übergeben werden.
- 23.9.1998:** Herbstanfang !! Magistrat schreibt an Gießen und fordert die schnellstmögliche Fertigstellung der UVS und die Durchführung der AK-Sitzung. HLSV Wiesbaden und das Ministerium erhalten Kopie und Chronologie, mit der Bitte um Unterstützung
- 30.9.1998:** HLSV Wiesbadeb antwortet, dass UVS fertiggestellt ist und am 21.10.98 die abschließende AK-Sitzung stattfinden wird. Danach geht das Projekt an das ASV Gelnhausen. Das ROV soll „so schnell wie möglich“ eingeleitet werden.

- Anf. 10/98:** Die UVS (Bearbeitungsstand Juni 1998) liegt der Stadtverwaltung vor
- 21.10.1998:** Die abschließende AK-Sitzung findet statt. Es sind noch umfangreiche Ergänzungen und Nachbesserungen einzuarbeiten. Es soll versucht werden, dies möglichst bis Jahresende zu tun.
- 27.10.1998:** Das Protokoll der AK-Sitzung liegt vor.
- 5.11.1998:** Stadt Karben schickt eine umfangreiche Stellungnahme und Anmerkungen zur UVS und zum Protokoll an das ASV Schotten, AS Gießen.
- 5.2.1999:** Während der Pause eines Kolloquiums wird ASV Schotten nach dem Bearbeitungssachstand der UVS befragt. Es erklärt, dass die Änderungen zum größten Teil eingearbeitet worden sind und demnächst eine Arbeitsbesprechung stattfinden wird. Man möchte so schnell wie möglich die NU an das ASV Gelnhausen übergeben (im 1. Quartal). Eine weitere AK-Sitzung wird nicht stattfinden. Im April sollen wir uns an das ASV Gelnhausen wenden.
- 23.2.1999:** ASV Gelnhausen bittet um Zusendung von Lage- und Höhenplänen. Es stellt die Unterlagen und Daten zum ROV zusammen. UVS liegt noch nicht vor. Städtb. Fachbeitrag wurde überarbeitet. Es bemängelt, dass noch keine Linienführung feststeht. Das soll jetzt so schnell wie möglich nachgeholt werden.
- 29.4.1999:** Bei einer Bürgerversammlung zu den Knotenpunktverbesserungen der B 3 bestätigt das ASV Gelnhausen, dass die UVS dort weiterbearbeitet wird. Allerdings wird auch darauf verwiesen, dass der Arbeitsaufwand noch umfangreich ist.
- 9.7.1999:** In der Stellungnahme zum Regionalplanentwurf Südhessen 1999 stellt die Stadt den Antrag, die NU bereits jetzt schon in die Ziele der Raumordnung aufzunehmen, obwohl noch keine abgestimmte Trasse vorliegt. Begründung: Lange Bearbeitungszeit der UVS und Dringlichkeit der Maßnahme.
- 24.8.1999:** Magistrat schreibt an ASV Gelnhausen und bittet um Auskunft zum Bearbeitungsstand
- 13.9.1999:** ASV Gelnhausen beantwortet unser Schreiben. Die UVS liegt überarbeitet in Gelnhausen vor. Auch städtebaulicher Fachbeitrag musste überarbeitet werden. Projektübergabe fand im April 99 statt. Für das ROV sind Trassierungselemente noch zu präzisieren und der Gesamtvergleich der Varianten vorzunehmen. ASV erwägt Einleitung ROV zum Ende 1. Quartal 2000.
- 15.9.1999:** Stadt übermittelt dem ASV Gelnhausen die CDU-Anfrage vom 10.9. mit Bitte um Stellungnahme und verweist auf die Dringlichkeit, da die betroffenen Bürger kein Verständnis mehr für die lange Bearbeitungszeit haben.

- 20.9.1999:** Stadt Karben schreibt an alle Wetterauer Mitglieder der Regionalversammlung Süd und bittet um Unterstützung, dass die NU bereits jetzt in die Ziele der Raumordnung aufgenommen wird.
- 22.9.1999:** ASV Gn antwortet fernmündlich auf die CDU-Anfrage und verweist auf Schreiben vom 13.9.1999. Es stellt in Aussicht, dass ROV vielleicht schon früher eingeleitet wird. NU hat in Gn oberste Priorität. ASV hat jedoch jede Menge anderer Projekte durchzuführen
- 22.10.1999:** Beschluss der StVV: ASV soll schnellstmöglich ROV einleiten.
- 4.11.1999:** Stadtrat Minkel (Bad Vilbel), der Mitglied der Regionalversammlung Süd ist, teilt uns die Beschlussvorlage der Regionalversammlung mit, in der die Aufnahme der NU in die Ziele der Raumordnung abgelehnt wird. In der Begründung teilt die Hessische Straßen- und Verkehrsverwaltung mit, dass die NU Groß-Karben eine hohe Priorität in der Maßnahmenliste besitzt. Unter Beachtung landespolitischer Vorgaben, der Finanzierbarkeit und der Planungskapazitäten kommt eine Realisierung in absehbarer Zeit nicht in Frage.
- 11.11.1999:** Stadt teilt dem ASV den StVV-Beschluss mit und bittet um schnellstmögliche Einleitung des ROV. Stadt bietet Unterstützung jeglicher Art an.
- 5.12.1999:** ASV antwortet mit Brief vom 11.11. und teilt mit, dass das ROV zur NU zum Ende des 1. Quartals 2000 erst eingeleitet werden kann, da im ASV mehrere gleichdringliche Projekte bearbeitet werden.
- 24.2.2000:** ASV ruft Liste der Versorgungsträger ab, die im Zuge Raumordnungsverfahrens angeschrieben werden sollen. Am gleichen Tag wird die Liste zugesandt.
- 9.3.2000:** ASV teilt telefonische mit, dass die Unterlagen zum Raumordnungsverfahren soweit fertig sind und vom HLSV noch geprüft werden müssen. Anschließend, im Anschluss der Sommerferien, kann die Offenlegung erfolgen.
- 13.3.2000:** CDU stellt Antrag, dass die NU in das KIM aufgenommen werden soll.
- 14.4.2000:** Stadt schreibt HMWVL mit der Bitte um Klärung bzgl. des KIM an.
- 27.4.2000:** Unterlagen für das ROV werden der Stadt vorab zur internen Abstimmung zur Verfügung gestellt. Direkt daran schließt sich eine Abstimmung zwischen ASV und Stadt Karben an.
- 5.5.2000:** HMWVL antwortet und stellt fest, dass die NU vorerst für das KIM nicht in Frage kommt (es liegt kein Baurecht vor).
- Mai 2000:** ASV teilt telefonisch mit, dass seitens HLSV bezüglich der UVS, die vom ASV Gießen erarbeitet wurde, noch Überarbeitungsbedarf besteht. So sind z.B die Ergebnisse des projektbegleitenden Arbeitskreises vom

ASV Gießen nicht in die UVS eingearbeitet worden. ASV Gelnhausen wird die Überarbeitung unverzüglich durchführen.

- 28.9.2000:** Nach Überarbeitung und Abstimmung sind die ROV-Unterlagen nunmehr dem RP DA zur Einleitung des Verfahrens übergeben worden. Eine Einleitung wird noch für November 2000 anvisiert.
- 7.11.2000:** Bürgermeister Engel schreibt die Stadtverbände von CDU und FDP an, mit der Bitte, sich bei ihren Landtagsfraktionsvorsitzenden für die NU einzusetzen.
- 15.11.2000:** Herr Kartmann informiert sich in der Stadt Karben. Er teilt mit, dass das Hess. Verkehrsministerium ihm gegenüber mitgeteilt hat, dass die NU GK im Land oberste Priorität hat und eine indisponible Maßnahme ist.
- 27.11.2000:** Herr Hahn ruft Unterlagen zum Sachstand NU GK ab.
- 18.12.2000:** RP leitet per Anschreiben das Raumordnungsverfahren ein.
- 15.1.01-**
16.2.01: Offenlegung der Planunterlagen zum Raumordnungsverfahren.
- 22.1.2001:** Magistrat beschließt Stellungnahme zum ROV.
- Januar 01:** Magistrat verteilt eine Stellungnahme zu den irreführenden Flugblättern der Gegner der NU an alle Groß-Kärber Haushalte
- 8.2.2001:** StVV beschließt Stellungnahme zum ROV.
- 1.3.2001:** Dem RP werden alle Unterlagen zurückgegeben.
- März –**
Juni 2001: ASV bearbeitet alle Stellungnahmen aus dem ROV.
- 23.7.2001:** ASV Gelnhausen berichtet, dass alle Stellungnahmen zum ROV an den RP übergeben wurden, der die weitere Bearbeitung vornimmt.
- 10.8.2001:** Die StVV beschließt auch in neuer Zusammensetzung den schnellstmöglichen Bau der Nordumgehung.
- 4.9.2001:** Der Beschluss wird dem Ministerium, HLSV Wiesebaden, ASV Gelnhausen, dem RP Darmstadt und der Regionalversammlung Süd bekannt gegeben.
- 10.9.2001:** Hess. Verkehrsministerium antwortet, dass NU hinsichtlich der Notwendigkeit und Dringlichkeit unbestritten ist. Die anderen Behörden antworten nicht.
- 20.9.2001:** Einladung des RP DA zum Erörterungstermin Raumordnungsverfahren am 16. Oktober 2001.

- 27.9.01:** NU-Gegner aus Groß-Karben zweifeln den verkehrlichen Nutzen der Nordumgehung an und legt eigene Zählzeiten vor.
- 5.10.01:** In einem umfangreichen Schriftwechsel wird seitens des Magistrats auf die Verfahrensfehler der Zählung der Gegner verwiesen. Es wird seitens des Magistrats der Nachweis erbracht, dass die Zählungen der Gegner nicht aussagefähig sind.
- 16.10.01** Der Erörterungstermin zum ROV findet statt.
- 15.11.01** Der Ortsbeirat Groß-Karben beschließt auf Antrag der SPD und bei Gegenstimme des Ortsvorstehers, dass die Nordumgehung schnellstmöglich umgesetzt werden soll.
- 26.11.01:** Vom RP Darmstadt wird das Protokoll des Erörterungstermins vorgelegt. Das ASV Gelnhausen beklagt in diesem Zusammenhang, dass sich das Protokoll in vielen Punkten nicht festlegt, obwohl klare Feststellungen im Erörterungstermin getroffen wurden. Des Weiteren wird seitens des RP festgestellt, dass bzgl. der Umweltverträglichkeitsstudie vom Planungsträger, dem ASV, noch Nachbesserungen zu erarbeiten sind.
- Im Anschluss daran findet eine umfangreiche Abstimmung zwischen dem ASV und den Fachbehörden zur weiteren Vorgehensweise statt.
- 11.1.02:** Bürgermeister Engel schreibt an RP und weist auf die Dringlichkeit der Nordumgehung hin und dass das Raumordnungsverfahren daher zügig weiterbearbeitet werden muss.
- 14.1.02:** Bei einer Veranstaltung zum ROV Flughafen bekräftigen Vertreter des RP gegenüber der Stadtverwaltung, dass der Raumordnungsbeschluss noch im Jahr 2002, wahrscheinlich im Herbst, erfolgen wird
- 26.2.02** RP teilt dem Magistrat mit, dass sich ASV und die Fachbehörden über die weitere Vorgehensweise für die Nacharbeiten zur UVS verständigt haben. Demnach sind die Referenzflächen im geplanten Trassenkorridor neu zu bewerten. Des Weiteren ist vom Deutschen Wetterdienst eine klimatologische Stellungnahme zur Auswirkung der NU auf das Klima zu erarbeiten.
- Ende Februar/
März 02:** ASV beauftragt ein Planungsbüro zur Überarbeitung der Referenzflächen und den Deutschen Wetterdienst zur Erarbeitung der klimatologischen Prognose
- 18.4.02:** Bgm Engel und Vertreter des ASV erläutern dem Deutschen Wetterdienst vor Ort die örtlichen Gegebenheiten des Trassenkorridors, damit die klimatologische Prognose zur geplanten Nordumgehung erarbeitet werden kann.
- 21.6.02:** CDU-Anfrage in der StVV zum Planungsstand Nordumgehung

- 8.8.02:** ASV berichtet, dass die Klimaprognose vom Wetterdienst noch überarbeitet werden muss und dann in den nächsten Wochen vorliegen wird. Für die Referenzflächen liegt ein Zwischenbericht vor. Der abschließende Bericht kann erst im Spätsommer erstellt werden, die dann dem RP vorgelegt werden. Das ASV geht davon aus, dass der Raumordnungsbeschluss noch in diesem Jahr erfolgen kann.
- 13.9.02:** Auf telefonische Anfrage hin teilt das ASV mit, dass die Arbeiten zur Botanischen und Zoologischen Nacherhebung abgeschlossen seien und zur Zeit gerade im ASV zur Prüfung eingehen.
- 17.9.02:** ASV teilt schriftlich mit, dass die Unterlagen zu den botanischen und zoologischen Nacherhebungen an den RP DA für die Verfahrensunterlagen weitergeleitet wurden.
- 23.9.02:** Bezüglich der klimatologischen Aussage, teilte das ASV mit, dass die Stellungnahme dem Deutschen Wetterdienst wieder zurückgegeben werden musste, da darin keine konkreten Aussagen gemacht wurden, die für das weitere Verfahren zu beurteilen sind. Eine Überarbeitung sollte jedoch schnell erfolgen.
- 29.10.02:** Auf telefonische Anfrage teilt der für das ROV zuständige Mitarbeiter beim RP DA mit, dass jetzt alle Unterlagen da sind und sie an die zuständigen Ämter verteilt wurden. Eine Beschlussfassung der Regionalversammlung ist erst für die erste Sitzung in 2003 (Februar) vorgesehen. Bis zur Dezember-Sitzung würde die Vorlage nicht fertig werden.
- 30.10.02** Bürgermeister Engel schreibt an den RP DA und an Staatssekretär Dr. Hirschler (Hessisches Verkehrsministerium) mit der Bitte, sich dafür einzusetzen, dass der ROV-Beschluss noch in der Dezember-Sitzung der Regionalversammlung erfolgt.
- 25.11.02** RP DA antwortet, dass die vom ASV nachgeforderten Unterlagen zur Zeit von den Abteilungen des RP geprüft werden. Eine Beschlussfassung ist daher erst im Jahr 2003 möglich.
- 20.12.02:** Beantwortung CDU-Anfrage über Sachstand
- 6.1.03:** Staatssekretär Hirschler (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) teilt mit, dass die Unterlagen im RP geprüft werden. Die Dezember-Sitzung der Regionalversammlung ist ausgefallen. Eine Beschlussfassung ist für Februar vorgesehen
- 28.1.03:** Bürgermeister Engel schreibt an RP und bittet um Mitteilung, wann und wo die Februar-Sitzung der Regionalversammlung stattfindet, damit die Stadt daran teilnehmen kann. Die Stadt geht davon aus, dass die Beschlussfassung zum ROV im Februar erfolgt.
- 6.2.03** RP Darmstadt teilt dem Magistrat die Termine mit

- 11.2.03** Bgm Engel schreibt alle Wetterauer Mitglieder und andere Vertreter der Regionalversammlung mit der Bitte an, für die Aufnahme der Nordumgehung zu stimmen.
- 14.2.03** Der Haupt- und Planungsausschuss sowie der Verkehrsausschuss stimmen der Nordumgehung zu.
- 21.2.03** Die Regionalversammlung als Beschlussgremium des RP Darmstadt stimmt der Aufnahme der Nordumgehung in den Regionalplan zu. Damit besteht für die NU Planungsrecht.
- 25.2.03:** Bei einem Besuch im Hessischen Verkehrsministerium überreicht Bürgermeister Engel einen Brief mit der Bitte, dass die Landesregierung das ASV Gelnhausen mit den Arbeiten zum Planfeststellungsverfahren beauftragt.
- 5.3.03** Ministerium antwortet, dass es die Straßen- und Verkehrsverwaltung beauftragt hat, für das Planfeststellungsverfahren den Vorentwurf (Genehmigungsentwurf) und den landschaftspflegerischen Begleitplan zu erstellen.
- 13.5.03:** Verkehrserhebung des ASV im Bereich Karben und Wöllstadt
- 23.7.03** Stadt bittet ASV um Mitteilung über derzeitigen Planungssachstand
- 30.7.03:** ASV teilt mit, dass die Befliegung der zu planenden Trasse erfolgt ist und derzeit die Datenauswertung und Aufbereitung der Planungsunterlagen erfolgt. Das Verkehrsgutachten wurde beauftragt, eine Verkehrszählung wurde am 13. Mai durchgeführt, zur Zeit erfolgt die Auswertung. Für den Landschaftspflegerischen Begleitplan wird in diesem Jahr die Bestandserhebung begonnen, die sich bis 2004 erstreckt.
- 24.3.04:** Termin beim ASV zwecks Abstimmung der Analysewerte der Verkehrsuntersuchung und Festlegung der Planfälle (auch B 3).
- 1.10.03:** Eine vom ASV beauftragte Untersuchung zum Feldhamster liegt vor. Der zu schützende Feldhamster wurde im Bereich der Trasse der NU nicht nachgewiesen.
- 16.4.04** Schreiben an ASV wegen Berücksichtigung der Helmazurjungfer bei der begleitenden Grünplanung.
- 22.4.04** ASV bestätigt telefonisch, dass das berücksichtigt wird.
- 17.5.04** Gespräch beim Hess. Verkehrsministerium. Planungsbüro Gauff ist mit dem Entwurf der NU beauftragt worden. Erste Begehung fand statt. Klimagutachten wird beauftragt, wenn Trasse feststeht.
- 7.6.04:** Bgmr Schulz teilt diesen Sachstand dem Magistrat mit
- 22.6.04:** Bügm Schulz teilt diesen Sachstand dem Ortsbeirat Groß-Karben mit

- 24.6.04:** CDU stellt zur NU Anfrage für die Stadtverordnetenversammlung
- 9.7.04:** Bgm Schulz teilt diesen Sachstand der Stadtverordnetenversammlung mit und beantwortet damit eine Anfrage der CDU
- 29.11.04:** Stadt schreibt an ASV Gelnhausen und bittet um Mitteilung des Planungssachstandes
- 20.12.04:** ASV teilt mit, dass der Planungsentwurf erarbeitet wird. Mit der vorgeetzten Behörde wurden Entscheidungen zur Anbindung der NU an die B 3 und zur Querung der Bahntrasse getroffen.
- 13.1.05:** Magistrat beschließt einen Planungsauftrag für den Wiesenbachgraben. Er soll umgelegt werden und somit die geplante NU nicht mehr queren. Gleichzeitig soll das dortige Vorkommen schützenswerter Tierarten untersucht werden. Mit der Umlegung des Baches können somit ökologische Konflikte mit der Straße vermieden werden.
- 19.1.05:** Bgm Schulz teilt Information des ASV vom Dezember in der Stadtverordnetenversammlung mit
- 22.2.05:** in einem Telefonat teilt das ASV mit, dass bis Ende 2005 die Entwurfstrasse fertig gestellt wird. Erst dann können Klimagutachten und Landschaftsbau vergeben werden. Der entgültige Entwurf für das Planfeststellungsverfahren soll dann im Herbst 2007 vorliegen.
- 28.2.05:** Stadt Bad Vilbel informiert sich bei einem Arbeitsgespräch über den Planungsstand.
- 7.3.05:** Stadt Karben schreibt Verkehrsministerium an und bittet um einen Gesprächstermin, um die weitere Planung abstimmen zu können.
- 31.3.05:** CDU stellt Anfrage zur nächsten StVV
- 12.4.05:** Termin beim Hessischen Verkehrsministerium. Erste Entwurfsplanungen werden vorgestellt und abgestimmt. Der Entwurf wird demnächst fertiggestellt. Es ist noch die Variante „Unterführung“ zu untersuchen (Baugrunduntersuchung, Verkehrssicherheit bzgl. Gradienten und Neigungen, usw.). Der vollständige Entwurf zum Planfeststellungsverfahren soll Mitte 2006 vorliegen.
- 3.6.05:** StVV beschließt, dass die geplante Nordumgehung an die B 3 in Höhe des Knoten 6 (B3/Zufahrten BBW und TOOM) angebunden werden soll. Damit ist eine klare Aussage der Stadt getroffen worden. Eine direkte Verknüpfung mit der weiterzuführenden B 3 ist nicht mehr erforderlich.
- 23.6.05:** Magistrat teilt den Beschluss dem ASV Gelnhausen mit

- 28.9.05:** Magistrat leitet eine Anfrage der CDU vom 23.9.05 zur Beantwortung an das ASV weiter.
- 11.10.05:** ASV antwortet, dass die Planungen zur NU nicht an die Planungen zur B 3 gekoppelt werden. Die Erhebungen zum Landschaftsbegleitplan (LBP) sind im vollen Gange. Es steht das klimatologische Gutachten zur Begründung der Planung im Bereich der Bahntrasse noch aus, was demnächst beauftragt wird. Geplant ist die Fertigstellung der RE-Unterlagen für Sommer 2006.
- 17.10.05:** Magistrat nimmt Antwortschreiben zum Anlass, um seine Verwunderung über Planungssachstand dem ASV mitzuteilen. Dabei wird auf das Gesprächsergebnis beim HMWVL vom 12.4.2005 verwiesen, wonach das Klimagutachten, aber auch die Baugrunduntersuchung in Höhe Bahntrasse längst vorliegen sollten. Das Schreiben bleibt unbeantwortet.
- 8.1.06:** SPD erwandert die mögliche NU-Trasse. Bgm Schulz verweist hierbei nochmals auf die Dringlichkeit der Straße zur Entlastung der Karbener Innerortslagen und des Zentrums.
- 01-03/06:** Im Zuge des Kommunalwahlkampfes werden Bekenntnisse verschiedener Parteien zur Nordumgehung veröffentlicht.
- 16.1.06:** Magistrat schreibt an das ASV und bittet um Mitteilung des Planungssachstandes anhand eines Fragenkatalogs
- 24.1.06:** ASV Gelnhausen beantwortet Schreiben des Magistrats. Klimagutachten ist beauftragt, Beauftragung Bodengutachten erfolgt in Kürze. Lärmschutzgutachten und Leistungsfähigkeitsnachweise für die Knotenpunkte sind vergeben.
- 27.1.06:** In der Stadtverordnetenversammlung wird eine CDU-Anfrage beantwortet.
- 6.2.06:** Magistrat schreibt an das ASV und bittet um einen Gesprächstermin, in dem u.a. auch die Planungen zur Nordumgehung besprochen werden sollen.
- 1.3.06:** Bgm Schulz schreibt an Verkehrsminister Dr. Rhiel und lädt ihn zu einem Besuch in Karben ein, um die schwierige Verkehrssituation in Groß-Karben vor Ort zu erläutern. Die Nordumgehung muss bald gebaut werden.
- 1.3.06:** ASV erhält Kopie des Schreibens an Dr. Rhiel und die Bitte, einen Termin für das oben gewünschte Gespräch zu benennen.
- 7.3.06:** Das Büro des Hessischen Verkehrsministers teilt telefonisch mit, dass ein Besuch des Ministers in Karben erst nach der Wahl stattfinden kann. Bürgermeister Schulz und das Ministerbüro stimmen ab, dass

dabei eine Rundfahrt durch Groß-Karben und anschließend im BBW ein Gespräch mit der BI zur B 3 durchgeführt werden sollte.

- 16.3.06:** In einer CDU-Wahlkampfveranstaltung verkündet der Hessische Verkehrsminister Dr. Rhiel: „in drei bis vier Jahren wird diese Straße gebaut“! (Quelle: Wetterauer Zeitung vom 18.3.06). Damit dürfte spätestens 2010 der vom Minister zugesagte Baubeginn sein.
- 23.3.06:** Bürgermeister Schulz nimmt in einer Pressemitteilung zu der Aussage Dr. Rhiels Stellung und teilt mit, dass der Minister und die Hessische Straßen- und Verkehrsverwaltung sich der vollen Unterstützung des Magistrats sicher sein können.
- 31.3.06:** Beim ASV findet das Gespräch statt. Das Amt versichert, dass man versuchen wird, diesen Termin zu halten. Es wird ein erster Planentwurf zur Anbindung der NU an die B 3 vorgelegt, der von beiden Seiten jedoch als noch nicht ausgereift eingestuft wird. Die Pläne müssen überarbeitet werden.
- 4.4.06:** Beim Magistrat der Stadt Karben geht ein Brief des Verkehrsministers Dr. Rhiel ein. Darin sagt er den vereinbarten Besuch ab. Er erläutert, dass Anfang 2007 das Planfeststellungsverfahren für die Nordumgehung eingeleitet werden kann. Eine Aussage zum Baubeginn wird in diesem Schreiben nicht wiederholt.
- 7.7.06:** Bei einem Kurzbesuch im ASV wird von dort mitgeteilt, dass die Ergebnisse des Klimagutachtens bald vorliegen sollen.
- 7.7.06:** Im Zuge des Planfeststellungsverfahrens zum Ausbau der K 246 zwischen Heldenbergen und Groß-Karben mit Bau eines Radweges, beschließt die StVV auf Antrag des Magistrats, dass dieser Ausbau zeitnah mit der Errichtung der Nordumgehung zu realisieren ist. Die Stellungnahme verweist auf das Versprechen des Verkehrsministers, mit dem Bau in 2010 zu beginnen.
- 25.7.06** eine Delegation der CDU besucht Verkehrsminister Dr. Rhiel. Laut Pressemitteilung ist der CDU der gleiche Planungssachstand mitgeteilt worden, der dem Magistrat mit Schreiben vom 4.4.06 vom Minister mitgeteilt wurde. Eine Beschleunigung des Verfahrens wurde nicht erörtert. Laut Pressemitteilung soll aber der Baubeginn 2009 / 2010 gehalten werden.
- 08.09.06:** Bgm Schulz schreibt an ASV Gelnhausen und bittet um Mitteilung zum Planungssachstand. Er macht darauf aufmerksam, dass so früh wie möglich Verhandlungen mit der DB AG geführt werden sollten, damit die Bahnquerung mit Baubeginn der gesamten Trassen errichtet werden kann. Er verweist auf die Erfahrungen in Bad Vilbel, wo die Bahnquerung der Umgehungsstraße erst Jahre später nach Baubeginn der Nordumgehung Bad Vilbel begonnen werden konnte.

- 06.11.06:** ASV antwortet telefonisch auf das Schreiben vom 8.9.06. Das Klimagutachten liegt vor und bestätigt die Möglichkeit der Überführung der Bahntrasse. Gespräche mit der DB AG wurden allerdings noch nicht geführt.
- 07.11.06:** In der Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren Ortsumgehung Wöllstadt im Zuge der B 3 / B45 weist der Magistrat darauf hin, dass auch für Karben die Nordumgehung endlich vorangebracht werden muss.
- 08.11.06:** Bürgerversammlung zum Thema „Verkehr und Weiterbau der B 3“. Bgm Schulz weist darauf hin, dass die Nordumgehung weiterhin die vordringlichste Maßnahme in Karben ist. Im weiteren Verlauf der Sitzung wird ausschließlich die B 3 thematisiert.
- 14.11.06:** Anwohner der Bahnhofstraße informieren sich in der Stadtverwaltung über den Planungssachstand zur Nordumgehung. Sie beklagen, dass die Nordumgehung bei der Bürgerversammlung ganz unterging und haben die Sorge, dass der Bau der Straße wieder einmal verzögert werden könnte.
- 29.11.06:** Es gründet sich die Bürgerinitiative „Nordumgehung JETZT“, der in der Gründungsversammlung 40 Anwohner der Ortsdurchfahrt Groß-Karben beitreten.
- 04.12.06:** Es findet ein Abstimmungsgespräch mit dem ASV Gelnhausen bzgl. einer geplanten Baumaßnahme statt. Im ASV gab es personelle Veränderungen und für die Nordumgehung ist ein neuer Mitarbeiter zuständig. Der Planentwurf zur NU liegt vor. Es soll jetzt noch der projektbegleitende Grünplan erstellt werden. Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens wird für das 2. Quartal 07 angestrebt.
- 09.12.06:** Die BI „Nordumgehung JETZT“ schreibt an Bürgermeister und Magistrat und informiert über ihre Ziele. Sie bittet um ein Gespräch beim Bürgermeister.
- 3.1.07:** Bgm Schulz schreibt an das Hessische Verkehrsministerium und bittet um ein Gesprächstermin zur Abstimmung der Nordumgehung
- 4.1.07:** Der Magistrat erfährt aus der Presse, dass der Baubeginn der NU bereits für 2008 vorgesehen wird. Nach Aussagen eines Ministeriumssprechers soll demnach das Planfeststellungsverfahren im 2. Quartal 2007 eingeleitet werden.
- 5.1.07** Gemeinsame Pressekonferenz von Bürgermeister Schulz und der BI „Nordumgehung Jetzt“, in der die gemeinsamen Ziele dargestellt werden.
- 11.1.07:** Magistrat bringt auf Initiative des Bürgermeisters einen Antrag in die STVV ein, dass Groß-Karben für ein städtebauliches Förderprogramm anzumelden sei und ein Planungsbüro mit der Vorplanung zur Umge-

staltung der jetzigen OD beauftragt werde soll. Die STVV ändert den Antrag dahin gehend ab, dass das Planungsbüro erst dann beauftragt wird, wenn das Baurecht für die NU vorliegt.

- 29.1.07:** Magistrats und Wetteraukreis führen zur Aufnahme Groß-Karbens in das Dorferneuerungsprogramm Abstimmungsgespräch und einen Rundgang durch.
- 12.2.2007:** Bgm Schulz führt Gespräch im Verkehrsministerium. Dort wird der Baubeginn für die NU in 2008 bestätigt. Im August 2007 soll das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden.
- 22.2.2007:** Magistrat bietet dem ASV Unterstützung bei der Planung von Retentionsraum und weiterer Ausgleichmaßnahmen an.
- 28.2.2007:** Zweite Versammlung der BI „Nordumgehung Jetzt“
- 6.3.2007:** Der Wetteraukreis teilt dem Magistrat mit, dass er die Aufnahme Groß-Karbens in das Dorferneuerungsprogramm des Landes Hessen unterstützt.
- 4.4.2007:** Schreiben des Verkehrsministers Dr. Riehl, dass das Gesprächsergebnis vom 12.2. bestätigt. Um die Zeitscheine einhalten u können, werden die Planungsarbeiten an Ingenieurbüros vergeben.
- 24.4.2007:** Abstimmungsgespräch beim RP Darmstadt wegen Retentionsflächen
- 8.5.2007:** Trassenbegehung der CDU-Fraktion
- 21.5.2007:** Das ASV teilt telefonisch mit, dass die Planungsunterlagen für die NU noch nicht fertig seien.
- 22.5.2007:** Bgm Schulz schreibt an den neuen Amtsleiter ASV und bittet um eine Gespräch, um auf die Bedeutung der NU hinzuweisen
- 5.6.2007:** Bgm Schulz und ASV führen ein gemeinsames Gespräch zum Planungssachstand.
- 18.6.2007:** ASV legt dem Magistrat die Planunterlagen zur Vorabstimmung vor. Mit diesen Unterlagen soll später das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden.
- 25.6.2007:** Magistrat stimmt den Planungsunterlagen des ASV zu.
- 3.7.2007:** In einer öffentlichen Sitzung des S+I-Ausschusses, an der rund 300 Bürger/innen teilnehmen, werden vom ASV die Planungen zur NU vorgestellt und erläutert. Eine Diskussion schließt sich dem an.
- 5.7.2007:** STVV stimmt den vorgelegten Planunterlagen zu (34 ja / 3 nein)
- 9.7.2007:** Magistrat teilt dem ASV den STVV-Beschluss mit.

- 4.8.2007:** SPD Groß-Karben und BI „Nordumgehung Jetzt“ führen ein Informations-Frühstück zur Nordumgehung durch.
- 26.9.2007:** BI „Rettet die Niddaaue“ verteilt ein Flugblatt mit Hinweisen zum Planfeststellungsverfahren und wie Einsprüche gegen die NU geltend gemacht werden können.
- 26.9.2007:** ASV legt dem Magistrat ein Straßenumstufungskonzept vor, das vom Magistrat äußerst kritisch beurteilt wird. Es ist Bestandteil der Planfeststellungsunterlagen.
- 28.9.2007:** Über die Presse wird der Magistrat informiert, dass der Verkehrsminister die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens beantragt hat
- 16.10.2007:** ASV und Magistrat führen ein Gespräch zum Umstufungskonzept.
- 18.10.2007:** Bgm Schulz schreibt an Verkehrsminister Riehl in Sachen Umstufungskonzept.
- 22.10.2007:** Bgm Schulz spricht mit den Fraktionen in der STVV zum Umstufungskonzept und bittet um Unterstützung durch die Landtagsabgeordneten.
- 5.11.2007:** Flugblatt der BI „rettet die Niddaaue“ zum Planfeststellungsverfahren
- 15.11.2007:** Der Verkehrsminister antwortet zum Umstufungskonzept und lässt vorerst keine Lösung erkennen.
- 17.11.2007:** MdL Jürgen Walter führt Ortsbegehung in der Bahnhofstraße durch, um sich ein Bild von der Situation zu machen. Er sagt zu, sich für die NU einzusetzen.
- 19.11.2007:** Der Wetteraukreis setzt sich im Sinne der Stadt Karben für eine Änderung des Umstufungskonzeptes ein.
- 21.11.2007:** Staatssekretär Seif übergibt an dem Magistrat in einer Feierstunde den Bewilligungsbescheid zur Aufnahme Groß-Karbens in das Dorferneuerungsprogramm des Landes Hessen. Herr Seif sagt Bürgermeister Schulz zu, die Stadt bei der Änderung des Umstufungskonzeptes zu unterstützen.
- 30.11.2007:** Bgm Schulz schreibt erneut an den Verkehrsminister und bittet um Änderung zum Umstufungskonzept. Gleichzeitig werden Staatssekretär Seif (CDU) und Landtagspräsident Norbert Kartmann (CDU) um Unterstützung gebeten.
- 17.12.2007:** Die CDU berichtet in der Presse, dass erste Finanzmittel zum Bau der NU im Haushaltsentwurf des Landes Hessens eingestellt sind.

- 18.12.2007:** Das Regierungspräsidium überstellt die Planunterlagen zur Offenlegung an die Stadtverwaltung und bittet um Abstimmung des Auslegungstermins.
- 19.12.2007:** Da bis zu diesem Zeitpunkt von den Landtagsabgeordneten und dem Landtagspräsidenten keine Antworten oder Gesprächsergebnisse zum Umstufungskonzept vorliegen, ruft Bgm Schulz im Verkehrsministerium an. Es wird ein Gesprächstermin vereinbart.
- 22.12.2007:** Bgm Schulz gibt bekannt, dass für Januar / Februar 2008 das Anhörungsverfahren zur Nordumgehung stattfinden wird.
- 17.1.2008:** Das Gespräch zum Umstufungskonzept findet im Ministerium statt. Das Umstufungskonzept wird im Sinne der Stadt geändert.
- 18.1.2008:** Staatssekretär Seif teilt mit, dass er sich für die Änderung des Umstufungskonzepts eingesetzt hat und vom Verkehrsministerium über den Gesprächsausgang informiert wurde.
- 19.1.2008:** Die Planauslegung der Nordumgehung wird in der Wetterauer Zeitung bekannt gemacht.
- 21.1. bis 22.2.2008** Die Planunterlagen zur Nordumgehung liegen aus und werden von 204 Bürger/innen eingesehen
- 13.2.2008:** Versammlung der BI „Nordumgehung Jetzt“
- 25.2.2008:** Die Stellungnahme der Stadt Karben zum Planfeststellungsverfahren wird im Ortsbeirat Groß-Karben erläutert. Der OB Groß-Karben stimmt ihr zu, mit einer kleineren Änderung.
- 28.2.2008:** S+I berät Stellungnahme zur NU.
- 29.2.2008:** In einer Pressekonferenz übergibt die Bürgerinitiative „Nordumgehung Jetzt“ ihre Stellungnahme für den Bau der Nordumgehung. Auch 3.000 Unterschriften, die den Bau der NU unterstützen, werden an Bgm Schulz übergeben.
- 3.3.2008:** Der Ortsbeirat Okarben stimmt der städtischen Stellungnahme zur NU zu.
- 5.3.2008:** der S+I stimmt der städtischen Stellungnahme zur NU zu.
- 6.3.2008:** der Haupt- und Finanzhaushalt stimmt der städtischen Stellungnahme zur NU zu.
- 7.3.2008:** die StVV beschließt die städtischen Stellungnahme zur NU.
- 10.3.2008:** Der Magistrat überstellt fristgerecht die Stellungnahme der Stadt Karben zur NU an das Regierungspräsidium Darmstadt.

- 28.5.08:** Besprechung und Abstimmung zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der Anhörung
- 14.8.08:** Bgm Schulz setzt sich bei MdL Ypsilanti für den schnellstmöglichen Bau der NU ein. Das Schreiben bleibt unbeantwortet
- 19.8.08:** Bgm Schulz schreibt an Landrat Arnold und beklagt, dass die Untere Naturschutzbehörde die NU in Frage stellt
- 11.9.08:** Landrat antwortet Bürgermeister Schulz und beklagt, dass es Abstimmungsprobleme zwischen ASV und UNB gab
- 23.9.08:** Abstimmungsgespräch zur NU-Planung zwischen ASV, Magistrat und Verbrauchermarkt
- 20.10.08:** Magistrat beschließt dem ASV Flächen für Ausgleichmaßnahmen zu verkaufen
- 22.10.08:** MdL Walther informiert bei einer Infoveranstaltung der BI über den Planungssachstand NU
- 22.10.08:** MdL Utter informiert BI über Planungssachstand
- 12.12.08:** Bilateraler Erörterungstermin
- 12.1.09:** MdL Utter lässt sich vor Ort durch BI über NU informieren
- 25.1.09:** BI „Nordumgehung Jetzt“ demonstriert für den schnellstmöglichen Bau der NU
- 26.1.09:** der erste öffentliche Erörterungstermin wird vom RP DA durchgeführt. Einwender und Bauherr erörtern die Planung zur NU
- 6.2.09:** StVV stimmt Optionsvertrag zu, dem ASV Ökopunkte und Retentionsflächen zum Ausgleich der NU zu verkaufen
- 25.2.09:** Niederschrift zum Erörterungstermin liegt vor
- 23.3.09:** ASV legt 1. Planänderung der NU zur Abstimmung vor
- 24.3.09:** auf Antrag der CDU/FWG/FDP-Koalition beschließt die StVV fast einstimmig die Forderung nach weiteren, über den gesetzlichen Anspruch hinausgehende aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen
- 14.4.09:** RP DA leitet Anhörung zur 2. Planänderung ein
- 30.4.09:** Bgm Schulz informiert ASV über den Beschluss
- 8.5.09:** Stellungnahme der Stadt Karben zur 2. Planänderung

- 12.5.09:** ASV antwortet, dass das Land keinen Lärmschutz über den gesetzlichen Anspruch hinaus errichten kann. Das kann nur als freiwillige Leistung der Stadt erfolgen
- 29.6.09:** StVV beschließt, entlang einzelner Streckenabschnitte der NU Verwaltungen als zusätzliche Lärmsaßnahmen zu errichten.
- 22.7.09:** Magistrat bietet ASV Unterstützung bei der Klärung offener Fragen an
- 30.7.09:** ASV informiert Magistrat über Planungssachstand und offene Punkte, die noch abzuarbeiten sind.
- 1.8.09:** ASV legt 2. Planänderung der NU zur Abstimmung vor
- 22.8.09:** Öffentliche Kundgebung der BI „Nordumgehung jetzt“ für den schnellstmöglichen Bau der NU
- 7.10.09:** 2. Erörterungstermin zur plangeänderten NU findet im Bürgerzentrum statt
- 3.11.09:** Protokoll zum 2. Erörterungstermin liegt vor
- 15.12.09:** ASV informiert auf telefonische Anfrage des Magistrat über den Sachstand zur NU. Die Planunterlagen sind zur Erarbeitung des Planfeststellungsverfahrens bereits an das Verkehrsministerium überstellt worden.
- 14.1.10:** Bgm Schulz schreibt an Minister Posch, Minister Banzer, Ministerin Lautenschläger und alle Wetterauer Landtagsabgeordnete und weist auf die Dringlichkeit der NU hin, auch im Zusammenhang mit der eingeleiteten Dorferneuerung Groß-Karben. Daher muss der Planfeststellungsbeschluss mit oberster Dringlichkeit erarbeitet werden
- 10.2.10:** Minister Posch antwortet Bgm. Schulz und teilt mit, dass die hohe Dringlichkeit der NU im Ministerium erkannt ist und der Planfeststellungsbeschluss mit Priorität bis spätestens im Sommer 2010 erarbeitet wird.
- 9.3.10:** Bgm Schulz bietet Minister Posch Unterstützung bei der Klärung offener Fragen an.
- 31.3.10:** Das Verkehrsministerium dankt für die Unterstützung und will die Unterstützung in Anspruch nehmen.
- 31.5.10:** Staatssekretär Saebisch bestätigt bei einem Besuch in Karben Bgm Rahn, dass die Erarbeitung des Planfeststellungsbeschlusses hohe Priorität hat und bis zum Sommer 2010 erfolgt
- 4.8.10:** Abstimmungsgespräch mit ASV bzgl. einvernehmliche Änderung der Anbindung K 246 / Reiterhof, da es im Planfeststellungsverfahren widersprüchliche Aussagen gibt.

- 28.7.10:** Die BI erhält vom Verkehrsministerium die Auskunft, dass der Planfeststellungsbeschluss zum Ende des Jahres 2010 erfolgt
- 10.8.10:** Minister Hahn ist in Karben und informiert sich über Dorferneuerung Rendel. Auch die Dringlichkeit der NU wird angesprochen. Es gibt den Hinweis der BI NU Jetzt, dass sich der Planfeststellungsbeschluss verzögert. Minister Hahn und MdL Utter können das nicht bestätigen. Auch sie sehen die Dringlichkeit der NU.
- 26.8.10:** Auf telefonische Nachfrage teilt das Verkehrsministerium mit, dass mit Hochdruck am Beschluss gearbeitet wird, der aber erst zum Ende des Jahres 2010 erfolgen kann.
- 31.8.10:** Bgm Rahn schreibt an Minister Posch und alle Wetterauer Landtagsabgeordneten und dringt auf eine zügige Bearbeitung des Planfeststellungsbeschlusses. Rahn zeigt sich über die Nichteinhaltung des Termins enttäuscht. Gleichzeitig bietet er dem Ministerium Unterstützung bei der Klärung offener Fragen an
- 16.9.10:** Gespräch von Bürgermeister Rahn mit Kritikern der NU, um eine einvernehmliche Lösung zu erhalten.
- 4.10.10:** Bgm Rahn empfängt Vertreter BI Nordumgehung jetzt und stimmt Sachstand und weitere Vorgehensweise ab
- 7.10.10:** Bgm Rahn ist im Verkehrsministerium, um den Sachstand offener Fragen zum Planfeststellungsbeschluss abzustimmen. Stadt kann hilfreich sein.
- 11.10.10:** Minister Posch antwortet Bgm Rahn und erklärt, dass der Planfeststellungsbeschluss sich um 3 Monate verzögert.
- 13.10.10:** Versammlung der BI NU jetzt! Sie stimmen Maßnahmen ab, um den Druck auf das Ministerium zu erhöhen.
- 20.10.10:** BI startet Briefaktion für die NU an Ministerium und Wetterauer MdL
- 22.10.10:** Bgm Rahn schreibt an Sozialminister Grüttner und weist auf die Dringlichkeit der NU hin und darauf, dass eine Institution im Teilbesitz des Landes gegen die Landesstraßenbaumaßnahme zu klagen droht. Kopie des Schreibens erhalten Minister Posch und alle Wetterauer Landtagsabgeordneten
- 4.11.10:** Gespräch von Bürgermeister Rahn mit weiteren Kritikern der NU, um eine einvernehmliche Lösung zu erhalten.
- 8.11.10:** Staatssekretär Saebisch besucht Karben. Er bestätigt, dass mit Hochdruck an dem Planfeststellungsverfahren gearbeitet wird und dieser bis zum Ende des Jahres vorliegen wird.
- 16.11.10:** MdL Gnadl und MdL Roth informieren sich in Karben über die NU

- 2.12.10:** Stadtverwaltung und Verkehrsministerium stimmen Zeitplan für Veröffentlichung des Planfeststellungsbeschlusses ab
- 15.12.10:** Minister Posch unterschreibt den Planfeststellungsbeschluss
- 22.12.10:** Minister Hahn übergibt Planfeststellungsbeschluss an Bgm Rahn
- 27.12.10:** Planfeststellungsbeschluss wird im Staatsanzeiger und in der Wetterauer Zeitung öffentlich bekannt gemacht
- 31.01. bis
14.02.2011** Planfeststellungsbeschluss liegt zur Einsichtnahme öffentlich aus
- 15.02.11:** Anwohnerversammlung zum zusätzlichen Lärmschutzwall, den die Stadt Karben auf freiwilliger Basis errichten wird
- 14.03.11:** Einspruchsfrist zum Planfeststellungsbeschluss läuft ab. Es liegt eine Klage eines Anwohners sowie eine Verpflichtungsklage (ohne aufschiebende Wirkung für das Gesamtprojekt) einer Institution vor.
- 17.03.11:** Bei der amtlichen Bekanntmachung zum Planfeststellungsbeschluss hatte das Land Hessen ein falsche Gerichtsbarkeit angegeben. Die Einspruchsfrist wurde erneut für vier Wochen amtlich bekannt gemacht
- März 2011:** Ein Bürger, der Sprecher der BI „Rettet die Niddaue“, reicht eine Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss ein.
- 21.04.2011:** Gespräch mit dem neuen Amtsleiter des ASV Gelnhausen zur Situation des Planfeststellungsbeschlusses der Nordumgehung
- 6.05.2011:** Gespräch Bürgermeister Rahn mit dem Kläger. Er fordert Nachweise zum besseren Lärmschutz. Rahn sagt dies zu
- 28.07.2011:** BI „NORDUMGEHUNG j e t z t !“ schreibt offenen Brief an Minister Posch und fordert sofortigen Vollzug des Planfeststellungsbeschlusses
- 12.08.2011:** 2. Gesprächstermin mit Bürgermeister Rahn wird vom Kläger abgesagt. Vorher wurden ihm die Untersuchungsergebnisse für einen besseren Lärmschutz ausgehändigt
- 15.08.2011:** Bürgermeister Rahn schreibt an Kläger und bittet um weiteren Gesprächstermin. Das Schreiben bleibt unbeantwortet
- 16.08.2011:** Verkehrsministerium antwortet der BI und lehnt den Sofortvollzug aufgrund wirtschaftlicher Risiken und aus Respekt vor dem Verwaltungsgericht ab
- 28.08.2011:** BI „NORDUMGEHUNG j e t z t !“ führt im Wohngebiet der NU-Gegner ein 400 Mann starke Demo für die Nordumgehung durch. Der Aufruf zur Demonstration wird vom Magistrat und den Parteien CDU, SPD, FW und FDP unterstützt.

- 13.09.2011:** Gespräch zwischen Bürgermeister Guido Rahn und dem neuen Sprecher der BI „Rettet die Niddaaue“, der den Kläger vertritt. Darin bekräftigt die BI, dass sie nicht gegen die NU ist, diese aber weiter entfernt vom Baugebiet errichtet und tiefer gelegt wissen will.
- 26.09.2011:** Bürgermeister Rahn schreibt an Verkehrsminister Posch und Finanzminister Dr. Schäfer und bittet einen Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses zu prüfen. Er bietet auch an, dass Karben dann die Baukosten vorfinanziert
- 27.09.2011:** Stadt klärt Forderungen der BI „Rettet die Niddaaue“ mit dem ASV Gelnhausen ab. Die Forderungen der BI greifen alle in den Planfeststellungsbeschluss ein und hätten eine Überarbeitung („Aufrollen“) des Verfahrens zur Folge.
- 7.10.2011:** StVV beschließt mit den Stimmen von CDU, SPD, FW und FDP die Landesregierung zum Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses aufzufordern. Sie ermächtigt den Magistrat mit der Landesregierung bzgl. Vorfinanzierung der Baukosten durch die Stadt Karben Verhandlungen aufzunehmen.
- 19.10.2011:** Bürgermeister Rahn schreibt persönlich an Ministerpräsident Bouffier und bittet um den Sofortvollzug und die Finanzierung der NU.
- 25.10.2011:** weiteres Abstimmungsgespräch mit der BI „Rettet die Niddaaue“. Das Prüfergebnis des Fragenkatalogs wird mitgeteilt. Es wird sich darauf verständigt, eine Erhöhung des Erdwalls zu prüfen.
- 15.11.2011:** Erste Sitzung des Mediationsverfahrens BBW gegen Land Hessen unter Leitung des Verwaltungsgerichtes Gießen findet statt. Die Stadt ist als Beigeladene dabei. Als Ergebnis werden Arbeitsaufträge festgehalten.
- 16.11.2011:** Die Hessische Staatskanzlei antwortet im Auftrag von Ministerpräsident Bouffier, der ebenfalls die hohe Bedeutung der NU sieht
- 23.11.2011:** Minister Posch begrüßt den Vorstoß Karbens und gibt bekannt, dass das Land eine Vorfinanzierung der NU durch die Stadt zustimmen wird. Auch ein Sofortvollzug wird geprüft.
- 01.12.2011:** Weiteres Abstimmungsgespräch der Stadt mit der BI „Rettet die Niddaaue“. Das Ergebnis eines höheren Erdwalls wird vorgestellt.
- 14.12.2011:** Abstimmungsgespräch im Hessischen Verkehrsministerium findet statt. Die Eckpunkte zur Vorfinanzierung und zur Baudurchführung der NU werden festgelegt. Weitere Rechtsfragen werden abgestimmt.
- 15.12.2011:** In einem Schreiben an Minister Posch bestätigt Bgm. Rahn die Abstimmungsergebnisse zur Vorfinanzierung und Baudurchführung.

- 23.01.2012:** Erste Beratungen zur Verwaltungsvereinbarung (VV) der Vorfinanzierung finden im Magistrat statt. Die Rückzahlungsmodalitäten des Landes sind aus Sicht der Stadt unzureichend dargestellt. Für die Rückzahlungsraten besteht ein jährlicher Etatvorbehalt. Die Rückzahlungsraten müssen vom Hessischen Landtag jeweils erst beschlossen werden.
- 30.01.2012:** Magistrat beschließt VV zur Vorfinanzierung, wenn der Vorbehalt der Stadt zu den Rückzahlungsmodalitäten geklärt wird.
- 03.02.2012:** Die StVV stimmt der Magistratsvorlage zur VV zu.
- 03.02.2012:** Bürgermeister Rahn schreibt an Finanzminister Schäfer und macht darauf aufmerksam, dass der jährliche Etatvorbehalt zur Rückzahlung der Raten für die Stadt Karben problematisch ist. Er unterbreitet Formulierungsvorschläge zur VV.
- 05.03.2012:** Das Verwaltungsgericht Gießen weist die Kläger gegen die Nordumgehung darauf hin, dass die Zusagen der Stadt Karben zum zusätzlichen Lärmschutzwall das Rechtsschutzbegehren der Kläger befriedigen.
- 19.03.2012:** Finanzminister Schäfer antwortet dem Bürgermeister, dass der Vorbehalt zwar besteht, aber die Absichtserklärung des Landes zur Rückzahlung der Raten eine hohe Verbindlichkeit besitzt.
- 19.03.2012:** Magistrat beschließt Verwaltungsvereinbarung in der überarbeiteten Fassung.
- 23.03.2012:** Stadtverordnetenversammlung beschließt Verwaltungsvereinbarung mit 28 Ja- und 5 Nein-Stimmen.
- 23.04.2012:** Verwaltungsgericht Gießen teilt mit, dass das Verfahren BBW-Südhesen gegen Land Hessen wegen der Nordumgehung beendet ist. Damit ist eine der zwei Klagen ad akta.
- 03.05.2012:** Land Hessen und Stadt Karben unterzeichnen die Verwaltungsvereinbarung zur Vorfinanzierung der Nordumgehung durch die Stadt Karben. Die Stadt Karben wird die Bau- und Grunderwerbskosten des Landes in Höhe von 14,6 Mio. Euro vorfinanzieren. Diese Kosten werden in vier Raten ab 2015 der Stadt zurückgezahlt. Die Zinsen trägt die Stadt selbst.
- 11./12.06.12:** Mediationsverfahren zur Klage der BI Rettet die Niddaaue muss aus terminlichen Gründen der BI verschoben werden.
- 14.06.2012:** Erste Kontaktaufnahme der Stadt zur Deges, die im Auftrag des Landes Hessen die Nordumgehung realisieren wird.
- 09.08.2012:** Mediationsgespräch beim VG Gießen mit der BI Rettet die Niddaaue
- 06.09.2012:** Projektbesprechung der Deges mit der Stadt Karben.

- 09.10.2012:** Grundstückseigentümersversammlung mit Deges und HLG, zu der die Stadt Karben eingeladen hat.
- 28.09.2012:** StVV beschließt die verbindliche, gemeinsame Erklärung der BI Rettet die Niddaaue und der Stadt Karben zur Mediationsvereinbarung des VG Gießen.
- 31.10.2012:** Nach mehreren Gesprächen unterzeichnen BI Rettet die Niddaaue und die Stadt Karben die verbindliche, gemeinsame Erklärung.
- 14.11.2012:** Bei der Stadt geht eine Ausfertigung des Beschlusses des VG Gießen ein, dass das Verwaltungsstreitverfahren der BI gegen das Land eingestellt ist. Damit ist die zweite Klage ad acta und es besteht für die Nordumgehung Baurecht.
- 28.01.2013:** Der 1. Spatenstich und damit der Baubeginn der Nordumgehung erfolgt. Jetzt ist die Nordumgehung in Bau. Baubeginn der Niddabrücke
- Ab 03/13:** Durchführung Bau vorbereitender Maßnahmen (Leitungsumlegungen, Ausgleichsflächen, Baufeldfreimachung usw.)
- Nov. 2013:** Fertigstellung der Niddabrücke (Fahrbahn fehlt noch)
- 20.08.2014:** 1. Spatenstich mit Landrat Joachim Arnold und Bürgermeister Guido Rahn zum Bau des 1. Bauabschnittes (Kreisstraßenabschnitts) der Nordumgehung zwischen Heldenberger Straße und Burg-Gräfenröder-Straße
- 01.03.2015:** Baumaßnahmen für den 2. Bauabschnitt zwischen Burg-Gräfenröder-Str. und Zufahrt Verbrauchermarkt (Landesstraßenabschnitt) beginnen
- 25.10.2015:** Die Brückenstahlträger für die Eisenbahnüberführung werden eingebaut.
- 04.12.2015:** Lärmschutzwall entlang des 1. Bauabschnitts (in Höhe Lindenstraße) wird fertiggestellt.
- 16.12.2015:** Eröffnung des 1. Bauabschnittes der Nordumgehung durch Bürgermeister Guido Rahn, Landrat Wolfgang Arnold und Alexander Pilz von Hessen Mobil. Damit ist der Kreisstraßenabschnitt in Betrieb gegangen.
- 15.07.2016:** Baumaßnahmen 3. Bauabschnitt, Anbindung der NU an die B3 mit Ausbau der B 3 beginnen.
- 18.08.2016:** Baubeginn des 2. BA die freiwilligen Lärmschutzwalls
- 14.10.2016:** Fertigstellung des freiwilligen Lärmschutzwalls
- 30.11.2016:** Fertigstellung und feierliche Eröffnung der Nordumgehung Groß-Karben

Sachstand: 30. November 2016